74.029/1

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Auf Vorschlag des Ministers für Familie;

Nach Beratung,

Beschließt:

Der für Familie zuständige Minister wird damit beauftragt, dem Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Dekretentwurf mit folgendem Wortlaut vorzulegen:

DEKRETVORENTWURF ZUR ABÄNDERUNG DES DEKRETS VOM 23. APRIL 2018 ÜBER DIE FAMILIENLEISTUNGEN

INHALTSANGABE

Nach dem Entscheid des Verfassungsgerichtshofes Nr. 10/2023 vom 19. Januar 2023 ändert vorliegender Dekretentwurf das Dekret vom 23. April 2018 über die Familienleistungen. Er sieht einerseits vor, dass Eltern, die keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, gemeinsam bestimmen können, wer von ihnen der Kindergeldempfänger wird. Andererseits sieht er vor, dass ein Empfänger das Kindergeld an eine andere volljährige Person, mit der er in einem Haushalt lebt, abtreten kann.

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Begründung	4
Allgemeine Erläuterungen	4
Bemerkungen zum Gutachten des Rats für Familienleistungen	5
Kommentar zu den Artikeln	5
Vorentwurf	6
Gutachten des Rats für Familienleistungen	8

BEGRÜNDUNG

ALLGEMEINE ERLÄUTERUNGEN

Am 19. Januar 2023 hat der Verfassungsgerichtshof in seinem Entscheid Nr. 10/2023 festgestellt, dass einzelne Bestimmungen des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, hiernach als „das Dekret“ bezeichnet, gegen die Artikel 10, 11 und 11*bis* der Verfassung verstoßen.

In einem konkreten Fall hat ein Vater ein Kind aus einer früheren Beziehung in den gemeinsamen Haushalt gebracht und hat mit seiner neuen Partnerin zwei gemeinsame Kinder. Gemäß den aktuellen Bestimmungen des Dekrets erhält der Vater das Kindergeld für sein Kind aus einer früheren Beziehung und die Partnerin das Kindergeld für die beiden gemeinsamen Kinder.

Da der Zuschlag für kinderreiche Familien gezahlt wird, wenn ein Empfänger Kindergeld für drei Kinder erhält, erhält diese Familie den Zuschlag nicht.

Die Familie hat vor dem Arbeitsgericht Eupen geklagt, um den Zuschlag zu erhalten. Das Arbeitsgericht hat den Antrag für unbegründet erklärt. Die Familie hat Berufung beim Arbeitsgerichtshof Lüttich eingelegt. Dieser hat mehrere Vorabentscheidungsfragen zur Verfassungsmäßigkeit des Dekrets beim Verfassungsgerichtshof gestellt.

Einerseits hat der Verfassungsgerichtshof festgestellt, dass das Dekret für manche Patchworkfamilien keinen Zuschlag für kinderreiche Familien vorsieht, insbesondere wenn ein Kind aus einer früheren Beziehung des Vaters stammt und alterniert beherbergt wird. Der Verfassungsgerichtshof kritisiert, dass die Last, die jeder Elternteil trägt, wenn ein Kind alterniert beherbergt wird, nicht bei der Bestimmung der Anzahl der Kinder berücksichtigt wird.

Der vorliegende Dekretentwurf soll dies beheben, indem Eltern, die keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, gemeinsam entscheiden können, wer von ihnen das Kindergeld erhält. Damit können die Eltern der alternierten Beherbergung eines Kindes Rechnung tragen.

Andererseits merkt der Verfassungsgerichtshof an, dass im konkreten Fall Anrecht auf den Zuschlag bestehen würde, wenn nicht der Vater, sondern die Mutter ein Kind aus einer früheren Beziehung in den gemeinsamen Haushalt gebracht hätte, da sie in dem Fall das Kindergeld für alle drei Kinder erhalten würde. Der Verfassungsgerichtshof stellt fest, dass das Kriterium für die unterschiedliche Behandlung das Geschlecht des Elternteils ist, der ein Kind aus einer früheren Beziehung in den gemeinsamen Haushalt bringt. Das ist aus seiner Sicht nicht gerechtfertigt.

Der vorliegende Dekretentwurf soll dies beheben, indem ein Empfänger das Kindergeld an eine andere volljährige Person, mit der er in einem Haushalt lebt, abtreten kann. Diese freie Wahl schließt eine unterschiedliche Behandlung aufgrund des Geschlechts des Empfängers aus. Im konkreten Klagefall könnte ein Partner das Kindergeld an den anderen Partner abtreten, sodass einer von ihnen das Kindergeld für drei Kinder erhält und Anrecht auf den Zuschlag für kinderreiche Familien hat.

BEMERKUNGEN ZUM GUTACHTEN DES RATES FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Der Rat für Familienleistungen hat ein positives Gutachten abgegeben. Er begrüßt ausdrücklich, dass getrenntlebende Eltern bzw. Personen in einem Haushalt selbstbestimmt entscheiden können, wer das Kindergeld erhält.

KOMMENTAR ZU DEN ARTIKELN

Artikel 1

Dieser Artikel legt fest, dass Eltern, die keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, gemeinsam bestimmen können, wer von ihnen mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten für ein Kind trägt und somit der Kindergeldempfänger wird. Damit können die Eltern der alternierten Beherbergung eines Kindes berücksichtigen.

Außerdem legt der Artikel fest, dass ein Empfänger das Kindergeld an eine andere volljährige Person, mit der er in einem Haushalt lebt, abtreten kann. Durch diese freie Wahl wird eine unterschiedliche Behandlung aufgrund des Geschlechts des Empfängers vermieden. Die betroffene Person kann dieses Abtreten durch eine einfache Erklärung gegenüber der Verwaltung beenden.

Wenn die Person, die das Kindergeld abgetreten hat, nicht mehr der ursprüngliche Empfänger ist, zum Beispiel weil das Kind ausgezogen ist, kann diese Person auch keinen anderen Empfänger mehr bezeichnen.

Wird ein Teil des Kindergeldes an eine Einrichtung gezahlt, kann dieser Teil nicht abgetreten werden. Diese Möglichkeit besteht nur für natürliche Personen.

Artikel 2

Dieser Artikel legt das Inkrafttreten des vorliegenden Dekrets fest.

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

VORENTWURF

Dekretvorentwurf zur Abänderung des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen

Artikel 1 – Artikel 28 des Dekrets vom 23. April 2018 über die Familienleistungen, abgeändert durch das Dekret vom 15. Dezember 2022, wird wie folgt abgeändert:

1. folgender §5 wird eingefügt:

„§5 – In Abweichung von §1 Absatz 1 Nummer 2 können die Eltern, die keinen gemeinsamen Wohnsitz haben, eine gemeinsame Erklärung abgeben, aus der hervorgeht, welcher Elternteil das Kind tatsächlich großzieht, indem er mehr als die Hälfte der Unterhaltskosten für das Kind trägt. Diese Erklärung hat zur Folge, dass diese Person Empfänger des Kindergeldes ist.

Die in Absatz 1 erwähnte Erklärung endet, sobald ein Elternteil dies wünscht.

Die Regierung kann die Modalitäten bestimmen, gemäß denen die in Absatz 1 erwähnten Personen die dort erwähnte Erklärung abgeben."

2. folgender §6 wird eingefügt:

„§6 – Eine natürliche Person, die gemäß den §§1-5 als Empfänger des Basiskindergeldes bestimmt wurde, kann eine andere volljährige Person, mit der sie einen Haushalt im Sinne von Artikel 3 Absatz 1 Nummer 9 des Gesetzes vom 8. August 1983 zur Organisation eines Nationalregisters der natürlichen Personen bildet, als Empfänger für das Kindergeld aller Kinder, deren ursprünglicher Empfänger sie ist, bestimmen.

Die gemäß Absatz 1 getätigte Bestimmung eines neuen Empfängers endet, sobald die Person, die gemäß den §§1-5 als ursprünglicher Empfänger bestimmt wurde, eine Beendigung der gemäß Absatz 1 getätigten Bestimmung wünscht. Sie endet von Rechts wegen, sobald diese Person nicht mehr einen Haushalt mit der Person bildet, die sie als Empfänger bestimmt hat.

Für die Anwendung der Absätze 1 und 2 leisten Personen, die ihren Wohnsitz im Ausland haben, eine entsprechende Erklärung, dass sie einen Haushalt bilden.

Die Regierung kann die Modalitäten bestimmen, gemäß denen die in Absatz 1 erwähnte Person einen neuen Empfänger bestimmt."

Art. 2 – Vorliegendes Dekret tritt am 1. Januar 2024 in Kraft.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden und Finanzen
O. PAASCH

Antonios Antoniadis

Digital unterschrieben von Antonios Antoniadis
Datum: 2023.07.06 10:39:14 +02'00'

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Gesundheit und Soziales, Raumordnung und Wohnungswesen
A. ANTONIADIS

GUTACHTEN DES RATS FÜR FAMILIENLEISTUNGEN

Als Anlage separat beigefügt.

REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

DE REGERING VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP,

Op de voordracht van de Minister van Gezin;

Na beraadslaging,

Besluit:

De Minister bevoegd voor Gezin is ermee belast bij het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap het ontwerp van decreet in te dienen waarvan de tekst hierna volgt:

Voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen

INHOUD

Naar aanleiding van arrest 10/2023 van het Grondwettelijk Hof van 19 januari 2023 wordt het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen bij dit ontwerp van decreet gewijzigd. Enerzijds bepaalt dit ontwerp dat ouders die geen gemeenschappelijke woonplaats hebben, samen kunnen bepalen wie van hen de bijslagtrekkende van de kinderbijslag wordt. Anderzijds bepaalt dit ontwerp dat een bijslagtrekkende afstand kan doen van de toekenning van de kinderbijslag en de kinderbijslag kan laten toekennen aan een andere meerderjarige persoon met wie hij in een gezin leeft.

INHOUDSOPGAVE

	Pagina
Memorie van toelichting	4
Algemene toelichting	4
Opmerkingen bij het advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	5
Bespreking van de artikelen	5
Voorontwerp	6
Advies van de Raad voor Gezinsbijslagen	8

MEMORIE VAN TOELICHTING

ALGEMENE TOELICHTING

Op 19 januari 2023 heeft het Grondwettelijk Hof in zijn arrest 10/2023 vastgesteld dat enkele bepalingen van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen, hierna: het decreet, de artikelen 10, 11 en 11bis van de Grondwet schenden.

Aanleiding is een concreet geval: een vader heeft een kind uit een vorige relatie meegebracht in het gemeenschappelijke gezin en heeft met zijn nieuwe partner twee gemeenschappelijke kinderen. Volgens de huidige bepalingen van het decreet ontvangt de vader de kinderbijslag voor het kind uit een vorige relatie en ontvangt de partner de kinderbijslag voor de twee gemeenschappelijke kinderen.

Aangezien de bijslag voor grote gezinnen alleen uitbetaald wordt als een bijslagtrekkende kinderbijslag voor drie kinderen ontvangt, ontvangt dit gezin die bijslag voor grote gezinnen niet.

Het gezin heeft een vordering ingesteld bij de arbeidsrechtbank te Eupen om de bijslag voor grote gezinnen toch te ontvangen. De arbeidsrechtbank heeft die vordering evenwel ongegrond verklaard. Het gezin heeft hoger beroep ingesteld bij het Arbeidshof te Luik. Dat Arbeidshof heeft verscheidene prejudiciële vragen over de grondwettelijkheid van het decreet gesteld aan het Grondwettelijk Hof.

Enerzijds heeft het Grondwettelijk Hof vastgesteld dat het decreet sommige patchworkgezinnen uitsluit van de toekenning van de bijslag voor grote gezinnen, in het bijzonder wanneer een kind uit een vorige relatie van de vader stamt en alternerend gehuisvest wordt. Het Grondwettelijk Hof bekritiseert dat voor het bepalen van het aantal kinderen geen rekening wordt gehouden met de last die elke ouder draagt als een kind alternerend gehuisvest wordt.

Dit ontwerp van decreet heeft tot doel dit euvel te verhelpen door te bepalen dat ouders die geen gemeenschappelijke woonplaats hebben, samen kunnen bepalen wie van hen de bijslagtrekkende van de kinderbijslag wordt. Zo kunnen de ouders rekening houden met de alternerende huisvesting van een kind.

Anderzijds bekritiseert het Grondwettelijk Hof dat, in het concrete geval, wel recht op de bijslag voor grote gezinnen zou bestaan, als niet de vader, maar de moeder een kind uit een vorige relatie in het gemeenschappelijke gezin had meegebracht, aangezien zij in dat geval de kinderbijslag voor de drie kinderen zou ontvangen. Het Grondwettelijk Hof stelt vast dat het geslacht van de ouder die een kind uit een vorige relatie in het gemeenschappelijke gezin meebrengt, het criterium voor het verschil in behandeling is. Dat is volgens het Grondwettelijk Hof niet verantwoord.

Het ontwerp van decreet heeft tot doel aan die kritiek tegemoet te komen, door te bepalen dat een bijslagtrekkende afstand kan doen van de toekenning van de kinderbijslag en de kinderbijslag kan laten toekennen aan een andere meerderjarige persoon met wie hij in een gezin leeft. Door die vrije keuze wordt een verschil in behandeling op basis van het geslacht van de bijslagtrekkende uitgesloten. In het concrete geval dat tot de voormelde rechtszaak heeft geleid, zou een partner afstand kunnen doen van de toekenning van de kinderbijslag en de kinderbijslag aan de andere partner kunnen laten toekennen, zodat één van hen de kinderbijslag voor drie kinderen ontvangt en recht op de bijslag voor grote gezinnen heeft.

OPMERKINGEN BIJ HET ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

De Raad voor Gezinsbijslagen heeft een positief advies verstrekt. Hij juicht uitdrukkelijk toe dat apart levende ouders of personen in een gezin zelf kunnen beslissen wie van hen de bijslagtrekkende van de kinderbijslag wordt.

BESPREKING VAN DE ARTIKELEN

Artikel 1

Dit artikel bepaalt dat ouders die geen gemeenschappelijke woonplaats hebben, samen kunnen bepalen wie van hen meer dan de helft van de onderhoudskosten voor een kind betaalt en aldus de bijslagtrekkende van de kinderbijslag wordt. Zo kunnen de ouders rekening houden met de alternerende huisvesting van een kind.

Voorts bepaalt het artikel dat een bijslagtrekkende afstand kan doen van de toekenning van de kinderbijslag en de kinderbijslag kan laten toekennen aan een andere meerderjarige persoon met wie hij in een gezin leeft. Door die vrije keuze wordt een verschil in behandeling op basis van het geslacht van de bijslagtrekkende voorkomen. De betrokken persoon kan die afstand beëindigen via een eenvoudige verklaring ten aanzien van de administratie.

Als de persoon die afstand heeft gedaan van de kinderbijslag niet langer de hoedanigheid van oorspronkelijke bijslagtrekkende heeft, bijvoorbeeld omdat het kind verhuisd is, kan die persoon ook geen andere bijslagtrekkende meer aanwijzen.

Als een deel van de kinderbijslag aan een instelling wordt uitbetaald, kan geen afstand worden gedaan van dat deel. Die mogelijkheid bestaat alleen voor natuurlijke personen.

Artikel 2

Dit artikel bepaalt de datum van inwerkingtreding van dit decreet.

De Viceminister-President,
Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden, Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

VOORONTWERP

Voorontwerp van decreet tot wijziging van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen

Artikel 1 – In artikel 28 van het decreet van 23 april 2018 betreffende de gezinsbijslagen; gewijzigd bij het decreet van 15 december 2022, worden de volgende wijzigingen aangebracht:

1° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 5, luidende:

"§ 5 – In afwijking van § 1, eerste lid, 2°, kunnen de ouders die geen gemeenschappelijke woonplaats hebben, een gemeenschappelijke verklaring afgeven waaruit blijkt welke ouder, door meer dan de helft van de onderhoudskosten voor het kind te betalen, het kind werkelijk opvoedt. Die verklaring heeft tot gevolg dat die persoon bijslagtrekkende van de kinderbijslag is.

De verklaring vermeld in het eerste lid eindigt zodra één van de ouders de beëindiging ervan wenst.

De Regering kan bepalen volgens welke regels de personen vermeld in het eerste lid de verklaring vermeld in het eerste lid afgeven."

2° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 6, luidende:

"§ 6 – Een natuurlijke persoon die overeenkomstig de paragrafen 1 tot 5 als bijslagtrekkende van de basiskinderbijslag is aangewezen, kan een andere meerderjarige persoon met wie hij een gezin in de zin van artikel 3, eerste lid, 9°, van de wet van 8 augustus 1983 tot regeling van een Rijksregister van de natuurlijke personen vormt, aanwijzen als bijslagtrekkende van de kinderbijslag van alle kinderen voor wie hij de oorspronkelijke bijslagtrekkende is.

De overeenkomstig het eerste lid plaatsgevonden aanwijzing eindigt, zodra de overeenkomstig de paragrafen 1 tot 5 als oorspronkelijke bijslagtrekkende aangewezen persoon een beëindiging van de overeenkomstig het eerste lid plaatsgevonden aanwijzing wenst. Ze eindigt van rechtswege, zodra die persoon niet langer een gezin vormt met de persoon die hij als bijslagtrekkende heeft aangewezen.

Voor de toepassing van het eerste en het tweede lid verklaren personen die hun woonplaats in het buitenland hebben, dienovereenkomstig dat ze een gezin vormen.

De Regering kan bepalen volgens welke regels de persoon vermeld in het eerste lid een nieuwe bijslagtrekkende aanwijst."

Art. 2 – Dit decreet treedt in werking op 1 januari 2024.

Eupen,

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

De Minister-President,
Minister van Lokale Besturen en Financiën
O. PAASCH

De Viceminister-President,

Minister van Gezondheid en Sociale Aangelegenheden,
Ruimtelijke Ordening en Huisvesting
A. ANTONIADIS

ADVIES VAN DE RAAD VOOR GEZINSBIJSLAGEN

Bijlage: afzonderlijk bijgevoegd